

Antrag 283/I/2025

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)****Schluss mit lustig: Keine Privatisierung öffentlicher Spielstätten in Berlin**

1 Die öffentliche Berliner Kulturlandschaft ist einzigartig in
 2 ihrer Breite und ihren Angeboten, auch für junge Men-
 3 schen und Menschen mit wenig finanziellen Mitteln. Das
 4 ist wichtig, denn Theater, Museum, Kultur und Konzerte
 5 sind nicht nur für Freizeit und Vergnügen, sondern auch
 6 ein unersetzbbarer Ort für wichtige gesellschaftliche De-
 7 batten. Die Kulturlandschaft ist ganz besonders hart vom
 8 Sparwahn des schwarz-roten Senats betroffen gewesen:
 9 Zuwendungen wurden gekürzt oder sogar gestrichen, An-
 10 gebote eingestellt, Künstler*innen und andere Kolleg*in-
 11 nen haben ihre Jobs verloren und notwendige Sanierun-
 12 gen wurden verschoben. All das stellt eine große Gefahr
 13 für die Berliner Kulturlandschaft dar, denn was einmal ge-
 14 strichen wurde, ist oftmals nie wieder aufzubauen.

15

16 Am 04. April 2025 berichtete nun der rbb, dass die Kul-
 17 turseatsverwaltung plant, einige der öffentlichen Spiel-
 18 stätten zu privatisieren. Die Rede ist mindestens von der
 19 Volksbühne, dem Deutsche Theater, dem Maxim-Gorki-
 20 Theater und dem Theater an der Parkaue. Diese Häuser
 21 zeichnen sich durch kritische Kunst, innovative Produk-
 22 tionen, Orte für junge Kunstschaffende und auch güns-
 23 tige Angebote für Menschen mit geringem Einkommen
 24 und junge Menschen aus. Ebenfalls ist geplant, Werkstät-
 25 ten und andere Gewerke zusammenzulegen. Es steht zu
 26 befürchten, dass Arbeitsplätze radikal gestrichen werden,
 27 Kunstfreiheit dem Profitwahn anheimfällt und dass in-
 28 klusivere Angebote nicht mehr möglich sind, wenn die
 29 öffentliche Hand diese Häuser privatisiert. Auch wenn
 30 die Rechtsform der gemeinnützigen Gesellschaft mit be-
 31 schränkter Haftung (gGmbH) oder der Stiftung immer
 32 noch einigen Regularien unterliegt, die auch politisch ge-
 33 steuert werden könnten, sofern der politische Wille da-
 34 zu da ist, würde sich der Senat dennoch von einer zentral-
 35 len Selbstverständlichkeit sozialdemokratischer Kulturpo-
 36 litik verabschieden: Kunst und Kultur gehören als Gut der
 37 öffentlichen Daseinsfürsorge in die öffentliche Hand, da-
 38 mit sie frei und selbstbestimmt agieren können und der
 39 Zugang für alle gewährleistet ist. Ansonsten besteht die
 40 Gefahr, dass Kunstschaffende und alle weiteren Kolleg*in-
 41 nen ihre tarifvertraglich geregelten Jobs verlieren und die
 42 Kunst, zumindest in Berlin, aufgeben müssen und Ein-
 43 trittskarten für junge Menschen oder Menschen mit we-
 44 nig Geld nicht mehr erschwinglich sind. Kunst und Kultur
 45 dürfen nie wieder für die Eliten da sein, sie gehören den
 46 Massen – uns allen.

47 Daher fordern wir:

48 • keine Privatisierung öffentlichen Bühnen und Spiel-

49 stätten mit allen anhängenden Gewerken in Berlin
50 • gute Arbeitsbedingungen und Angebote für junge
51 Menschen und Menschen mit weniger finanziellen
52 Mitteln an allen öffentlichen Häusern und Spielstät-
53 ten
54 • den Schutz der Kunst- und Kulturfreiheit mit ihren
55 innovativen und kritischen Inhalten an allen öffent-
56 lichen Bühnen
57 • keine Kürzungen an und den gesamtstädtischen
58 Ausbau von Kulturstandorten, Proberäumen und
59 Ateliers
60